

Forum

FLUCHTort Hamburg: Wegweiser für eine neue Integrationspolitik auch für Flüchtlinge. In Deutschland leben knapp 118000 Flüchtlinge, die Asyl beantragt haben oder deren Antrag abgelehnt wurde. Viele Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, erhalten kein Asyl. Nur etwa ein Drittel der antragstellenden Flüchtlinge wurde 2009 rechtskräftig als asylberechtigt anerkannt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2009); ohne Anerkennung sind Flüchtlinge ausreisepflichtig. Zwar erhalten viele der Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, eine Duldung, weil eine Abschiebung aus humanitären Gründen nicht erfolgen kann. Die Duldung ist aber kein Aufenthaltstitel, sondern lediglich eine befristete Aussetzung der Abschiebung einer Person, die nicht freiwillig ausreisen kann.

Jahrzehntelang war die Politik gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerber in Deutschland von einer außerordentlichen Abschottung gekennzeichnet. Sie hatten keinen Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt. Erst europäische Initiativen, Förderprogramme und die Bleiberechtsregelungen der Bundesregierung haben eine Wende eingeleitet: Geduldete Flüchtlinge werden zunehmend in integrationspolitische Maßnahmen einbezogen. Eine bedeutsame Entwicklung hat die Europäische Gemeinschaftsinitiative EQUAL in Gang gesetzt: Erstmals gab es ab 2002 in Deutschland ein bildungs- und beschäftigungspolitisches Instrumentarium zur schulischen und beruflichen Förderung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Geduldeten. Der Hamburger Senat unterstützt diese Aktivitäten seit 2002 in vorbildlicher Weise. Mit den Entwicklungspartnerschaften wurden auch in Hamburg zwei große Netzwerke installiert, die wichtige Pionierarbeit bei der Integration von Flüchtlingen geleistet haben.

FLUCHTort Hamburg (www.fluchtort-hamburg.de) ist eines von bundesweit 43 Netzwerken, die in einem Nationalen Thematischen Netzwerk im „Europäischen Sozialfonds (ESF)-Bundesprogramm für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“ zusammenarbeiten. Das Bundesnetzwerk hat unter dem Titel „Meilensteine und Stolpersteine“ eine umfangreiche Zwischenbilanz vorgelegt, die mit zahlreichen strategischen Partnern des Bundes und aus den Projektregionen diskutiert wurden. Dabei wurde festgestellt, dass trotz mancher Lockerungen immer noch zu viele Ungereimtheiten in Gesetzen und Weisungen vorhanden sind, die eine Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen behindern. Ein Zehn-Punkte-Aktionsplan bündelt themenrelevante Empfehlungen für Politik und Praxis. Dieser Aktionsplan ist Teil des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung. Damit konnten auch in Hamburg entstandene Kooperationsformen konsolidiert werden. Seitdem arbeitet das Netzwerk FLUCHTort Hamburg in einem Kooperationsverbund, der durch Beratung, Coaching, Qualifizierung sowie Öffentlichkeitsarbeit Flüchtlinge und Bleibeberechtigte unterstützen, ihre Integrationschancen in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt wahrzunehmen. Unterstützt wird dieses Vorhaben

von zahlreichen Partnern, etwa von verschiedenen Hamburger Fachbehörden, der Agentur für Arbeit und Job-Center sowie Hamburger Wirtschaftsbetriebe und Kammern. Während der zweijährigen Laufzeit des Programms wurden vom FLUCHTort Hamburg insgesamt:

- mehr als 1000 junge und erwachsene Flüchtlinge beraten,
- mehr als 100 Jugendliche an Ausbildungsbetriebe vermittelt – überwiegend im dualen System,
- mehr als 100 Flüchtlinge auf Arbeitsplätze in Hamburger Wirtschaftsbetrieben vermittelt und
- mehr als 100 Teilnehmende im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen innerhalb des Netzwerks geschult.

Die gezielte Beratung, das Coaching, die Sprachförderung und die Vermittlung in Qualifizierungsangebote sowie die Teilnahme an Praktika in Betrieben sind eine wichtige Voraussetzung für eine Vermittlung in Ausbildung und Arbeit. Sie ist erfolgreich, weil die verschiedenen Projekte innerhalb des Netzwerks auf Probleme und Bedürfnisse der Teilnehmer/innen individuell eingehen und sie auch während der Ausbildung und nach der Arbeitsaufnahme begleiten. Auch zur Beratung der Arbeitgeber stehen die Mitarbeiter/innen von FLUCHTort Hamburg zur Verfügung.

Bundesweit hat ein Umdenken in der Politik eingesetzt. Mit der Neuregelung des Zuwanderungsgesetzes und der Umsetzung der Bleiberechtsregelungen sind einige massive gesetzliche Hürden für Flüchtlinge abgebaut worden: Flüchtlinge erhalten nach vier Jahren geduldetem Aufenthalt den uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, sofern er/sie die Abschiebehindernisse nicht selbst verursacht hat. Damit ist eine schwerwiegende Hürde in der Beschäftigungsverfahrensverordnung abgeschafft worden, die diese Gruppe faktisch vom Zugang zu Arbeit und Ausbildung ausgeschlossen hatte. Das „Aktionsprogramm der Bundesregierung zum Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ verschafft darüber hinaus Jugendlichen einen erleichterten Zugang zu Ausbildung, die weniger als vier, aber mindestens ein Jahr mit einer Duldung in Deutschland sind. Geduldete Jugendliche erhalten nach vier Jahren Aufenthalt Leistungen nach dem BAFöG und Bundesausbildungsbeihilfen (BAB). Mit dem neu geschaffenen § 18a AufenthG können Menschen mit Duldung eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn sie hier eine Ausbildung abgeschlossen haben und in ihrem Beruf einen Arbeitsplatz vorweisen.

Gleichwohl bleibt festzustellen, dass es notwendig ist, die Integration dieser Gruppe auch nachhaltig zu verankern. Es zeigt sich in der Praxis, dass sich neue Integrationsperspektiven erst eröffnen können, wenn es gelingt, dass die Flüchtlinge ihre Potenziale entfalten können. Die neuen Voraussetzungen in der veränderten bundesweiten Flüchtlings- und Asylpolitik sind ein wichtiger Schritt zur Chancengleichheit für Flüchtlinge, der es ihnen ermöglicht, ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen. Viele der Flüchtlinge können endlich unter Beweis stellen, dass sie ausbildungsfähig sind, dass sie zusätzliche Sprachkennt-

nisse mitbringen, dass sie über eine hohe Motivation und Einsatzbereitschaft verfügen – zusammengefasst: dass sie Potenziale mitbringen, die auch in der Wirtschaft gebraucht werden.

Noch immer sind in Deutschland die städtischen und kommunalen Integrationskonzepte nur auf diejenigen Zuwanderer ausgerichtet, die über einen verfestigten Aufenthaltsstatus verfügen. Vor dem Hintergrund des politischen Paradigmenwechsels ergibt sich der dringende Bedarf, Flüchtlingen neben humanitärer Unterstützung und der Beteiligung an Sonderprogrammen regelhafte Integrationschancen zu gewähren. Eine Modifizierung der integrationspolitischen Leitbilder, wie im Nationalen Integrationsplan festgelegt und wie es auf Grund von EU-Richtlinien ansteht, bietet die Chance, die künstliche Trennung von unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen zu überwinden.

Maren Gag, passage – Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit und Integration, Hamburg